

## Schweiz

## «Ich muss mich nicht verbiegen»

**Rösti über seine Klimapolitik** SVP-Energieminister Albert Rösti setzt sich für ein Ja zum Klimaschutzgesetz ein – und wird von seiner Partei heftig angegriffen. Gilt er schon bald nur als halber SVP-Bundesrat? Und wie denkt er wirklich über den Klimawandel?

Mario Stäubli und  
Charlotte Walser

Herr Rösti, im Sommer 2019 nahmen Sie an einer Delegiertenversammlung im Waadtländer Dorf Orbe teil... das ist aber lange her...

...Sie riefen dem Publikum zu: «Freut euch über das schöne Wetter.» Die Massnahmen zum Klimaschutz seien «teuflich». Heute möchten Sie als Energieminister das Stimmvolk dazu bringen, am 18. Juni Ja zum Klimaschutzgesetz zu sagen. Weshalb soll man Ihnen glauben?

Mit der Vorlage damals hätte der Bevölkerung einiges mehr zugemutet werden sollen. Nämlich teure Abgaben, zum Beispiel beim Benzin. Prompt kam das Nein vom Volk. Im Übrigen war ich damals Parteipräsident, nicht Teil einer Kollegialbehörde.

Und jetzt?

Jetzt habe ich als Mitglied der Regierung einen ganz anderen Auftrag. Mit meiner Wahl habe ich dazu «Ja» gesagt. Der Auftrag ist, die Kollegialität einzuhalten und das Klimaschutzgesetz zu vertreten. Das geht jedem Bundesrat mal so. Hinzu kommt, dass Bundesrat und Parlament gegenüber dem gescheiterten CO<sub>2</sub>-Gesetz einen anderen Ansatz verfolgen. Jetzt wird über Anreize statt Abgaben gesprochen. Das erleichtert mir auch den Rollenwechsel.

Manche SVPLer stellen die Erderwärmung grundsätzlich infrage. Aus Ihrer Sicht: Gibt es den Klimawandel?

Muss er bekämpft werden? Selbstverständlich gibt es den Klimawandel! Ich habe mich auch schon als Parteipräsident entsprechend geäussert. Ich muss mich deshalb nicht verbiegen. Ich habe immer wieder gesagt, dass wir aus den fossilen Energien aussteigen müssen, da sie endlich sind. In der politischen Debatte stellt sich weniger die Frage, ob, sondern in welchem Zeitraum und mit welchen Massnahmen.

Manche sagen, die Schweiz könne den Klimawandel ohnehin nicht beeinflussen.

Wir können die Pariser Verträge nur erfüllen, wenn die ganze Welt mitmacht. Aber der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Schweiz ein Vorbild sein muss. Und wir können einen Beitrag leisten, auch, indem wir technologische Innovationen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses ins Ausland exportieren. Dafür hat der Bundesrat im Klimaschutzgesetz 1,2 Milliarden Franken vorgesehen.

Ihre Partei greift Sie im Abstimmungskampf frontal an: «Bundesrat Rösti erzählt das Gegenteil von Nationalrat Rösti». Fürchten Sie, als halber SVP-Bundesrat zu gelten?

Davor habe ich überhaupt keine Angst. Ich habe in der Partei und im Parlament in aller Klarheit gesagt, dass ich meine Meinung in den Bundesrat einbringe und dafür kämpfe, dann aber die Politik des Bundesrats mittrage. So funktioniert unser Land. Ich habe auf



Er habe den Klimawandel nie bestritten: SVP-Bundesrat Albert Rösti beim Gespräch in Winterthur. Foto: Enzo Lopardo

die Verfassung geschworen, sie ist mein Treiber.

Samuel Schmid, von der SVP als «halber Bundesrat» bezeichnet, nahm die Kritik mit, ihm war das Leiden geradezu körperlich anzusehen.

Es wäre nicht gut, wenn ich nach 100 Tagen körperlich leiden würde. (lacht) Ernsthaft: Wir sind kein Wohlfühlkabinett. Alle Parteien machen zwischendurch Opposition. Ich bin stark in meiner Partei verwurzelt. Angst wäre in meiner Funktion sowieso fehl am Platz.

Was ist Ihnen wichtiger? Die Unabhängigkeit der Schweiz oder Strom aus der Steckdose? Eine unabhängige Schweiz bedingt, dass eigener Strom aus der Steckdose kommt!

Die beiden Ziele können kollidieren. Sie selbst haben gesagt, dass die EU mit der Schweiz wohl nur ein Stromabkommen schliesst, wenn es gleichzeitig ein Rahmenabkommen gibt.

Natürlich brauchen wir ein gutes Verhältnis zur EU, unserem wichtigsten Handelspartner. Darum ist der Bundesrat an diesen Verhandlungen dran. Auch ein Stromabkommen mit der EU ist wichtig. Aber wenn der Strom in ganz Europa knapp ist, dann hilft das nicht weiter. Umso wichtiger ist es, dass wir unabhängiger werden. Darum hat die Schweiz bereits im letzten Jahr begonnen, vorzusorgen. Und ja, das Strom-

abkommen ist mit den Rahmenverhandlungen verbunden.

Sind Sie als Vertreter der SVP bereit, etwas Unabhängigkeit zu geben, um etwas Stromsicherheit zu bekommen? Die Schweiz darf nicht ihr staatspolitisches Selbstverständnis der Unabhängigkeit aufgeben. Wir haben mit dem sektoriellen An-

«Wir müssen zubauen. Das geht kurzfristig nur mit Solar, Biogas, Wasser und Wind.»

satz die Basis erweitert. Wir wollen ein Geben und Nehmen. Aber im Detail will ich diesen Gesprächen nicht vorgreifen. Die laufen.

Befürworten Sie als Energieminister ein Rahmenabkommen mit der EU als strategisches Ziel?

Als Energieminister will ich, wenn es ein Rahmenabkommen gibt, mit einem Stromabkommen dabei sein. Aber Stand heute können wir uns nicht darauf verlassen, dass wir ein solches Abkommen haben werden. Deshalb müssen wir uns wappnen.

Die Schweiz muss mehr Strom produzieren, auch um bis 2050

klimateutral zu sein. So viele Solaranlagen und Windräder und Staudamern lassen sich doch gar nicht bauen, um die Lücke zu schliessen.

Das Parlament hat bei der Revision des Energiegesetzes festgelegt, bis im Jahr 2045 45 Terawattstunden Strom zuzubauen, also drei Viertel der heutigen Stromproduktion. Welche Technologie dann welchen Anteil haben wird, wissen wir heute nicht, deshalb plädiere ich auch für Technologieoffenheit. Entscheidend ist aber, dass wir jetzt vorwärtsmachen. Wir müssen zubauen. Das geht kurzfristig nur mit Solar, Biogas, Wasser und Wind. Alles andere steht in den Sternen. Um nicht in Terawattstunden zu reden: Wir müssen etwa dreimal den Energieverbrauch der Stadt Basel zulegen, damit wir in einigen Jahren im Winter nicht mehr auf Reservekraftwerke angewiesen sein werden.

In den letzten zehn Jahren haben die Schweizer Stromkonzerne viel im Ausland investiert.

Es hat sich halt finanziell gelohnt, im Meer Windturbinen aufzustellen. So waren die Rahmenbedingungen. Da muss ich nun die Kantone als Eigner in die Pflicht nehmen, unsere Strategie mitzutragen. Die müssen als Eigner der Kraftwerke dafür sorgen, dass wir in der Schweiz investieren. Und wir beim Bund verbessern die Rahmenbedingungen und tragen einen Teil der Investitionen mit.

Zudem möchten wir besonders geeignete Gebiete festlegen, in denen es auch aus Sicht des Schutzes tragbar ist, Solar- oder Windanlagen zu bauen.

Da ist Ihnen Ihre Partei im Parlament nicht gefolgt.

Ich konnte viel Überzeugungsarbeit leisten, aber in diesem Punkt nicht, das stimmt. Die SVPLer haben vor allem wegen des Landschaftsschutzes ein Problem.

Sie kommen aus dem Berner Oberland – eine sehr schöne Landschaft.

Es stimmt: Wir können nicht das ganze Land mit Windrädern überdecken. Deshalb müssen wir geeignete Gebiete bezeichnen. Das werden wir im Parlament hoffentlich hinkriegen. Es ist unbestritten: Wir brauchen mehr Strom. Die Knappheit ist nicht vorbei, nur weil wir diesen Winter keine Mangellage hatten. Der nächste Winter ist mit verschiedenen Unsicherheiten behaftet. Mir ist wichtig, dass wir aus diesem Risiko herauskommen.

Müssten Sie der Bevölkerung nicht stärker vermitteln, dass landschaftliche Einschnitte der Preis einer zukunftssträchtigen Energieversorgung sind?

Das sage ich in aller Klarheit! Wir brauchen mehr Strom. Wer Versorgungssicherheit will, muss die Konsequenzen mittragen. Als Energie- und Umweltminister ist mir eine sorgfältige Abwägung von Schutz und Nutzen wichtig.

Genau deshalb sollen nur geeignete Gebiete zur Energieproduktion ausgeschieden werden.

Sie haben Ihr Amt am 1. Januar übernommen. Was hat Sie daran am meisten überrascht?

Der Takt ist hoch. Ich habe vorher auch viel gearbeitet. Aber man muss sich daran gewöhnen, sich jede Stunde – oder jede halbe Stunde – mit einem anderen Thema zu befassen. Und meist muss man dann auch gleich etwas entscheiden. Das ist hochspannend, aber zuweilen auch sehr fordernd.

Gehören Sie zu jenen Bundesratsmitgliedern, die um 4 Uhr aufstehen? Nein. Da bin ich ehrlich. Ich bin eher abends noch länger dran.

Wann schaltet Bundesrat Rösti abends das Licht ab? Im Büro etwa um 20 Uhr, zu Hause um 23 Uhr. Aber es ist nicht die Gesamtarbeitszeit, sondern eher die Intensität, die neu ist.

Sie sagten der «Basler Zeitung» einst: «Ich muss lernen, nicht so wichtig zu nehmen, was andere über mich sagen.» Wie gut sind Sie heute darin? Sehr gut. (lacht)

Was war für Sie die wichtigste Lektion? Als Politiker lernt man das: Eine gute Schlagzeile wirkt nicht so gut, wie man vielleicht denkt. Aber eine schlechte Schlagzeile dafür auch nicht so schlecht.